Herausgegeben von Angehörigen, Freunden und Freundinnen politischer Gefangener in der BRD

Angehörigen Info

C 10 190 D 31. 12. 1992 Preis: 1,20 DM **109**

Interview mit Ümran Gün und F. Gülten Şeşen aus der Türkei

Türkei heute: mehr politische Gefangene als nach dem faschistischen Putsch 1980

Auf Einladung des Informations-Zentrums für Freie Völker hielten sich zwei Vertreterinnen von Menschenrechts- und demokratischen Organisationen aus der Türkei im Rahmen einer mehrwöchigen Rundreise durch europäische Länder einige Tage auch in Hamburg auf. Ümran Gün (Rechtsanwältin und Vertreterin des Anwaltsbüros des Volkes) und F. Gülten Şeşen, Herausgeberin der Wochenzeitung Mücadele und Mitbegründerin von Özgür-Der (Verein für Rechte und Freiheit, Ende November zum vierten Mal in seiner eineinhalbjährigen Geschichte von der Polizei geschlossen), berichteten am 12. 12. auf der PDS-Landesversammlung über die Menschenrechtsverletzungen in der Türkei und führten tags darauf eine Veranstaltung im Hotel Schanzenstern durch. Wir hatten trotz ihres gedrängten Terminkalenders Gelegenheit zu einem Gespräch.



Fatma Gülten Şeşen

Ihr macht zur Zeit eine längere Rundreise durch mehrere westeuropäische Länder. Was ist Euer Anliegen?

Ümran Gün: Unser erstes Anliegen war, in Europa Sensibilität für die Verletzung der Menschenrechte, die wir tagtäglich in der Türkei erleben, zu schaffen, auf die Probleme aufmerksam zu machen und nicht zuletzt Öffentlichkeit zu schaffen für die demokratischen Vereine in der Türkei, die für Menschenrechte antreten und unter starker Repression leiden, damit diese Vereine hier Unterstützung erhalten.

Wir wollen in Europa über die Koalitionsregierung berichten, die seit einem Jahr im Amt ist, die in der Türkei und in Europa behauptet, sie trete für die Menschenrechte ein und sei demokratisch. Wir erleben das Gegenteil und wollen das hier berichten. Sie hat Reformen versprochen, sie hat auch einiges gemacht, aber das hat weder mit Demokratie noch mit Menschenrechten zu tun.

Einer der Gründe, aus denen wir hierher gekommen sind, ist, daß gerade in dieser Zeit vom Europäischen Parlament ein Bericht über die Türkei beschlossen werden sollte. Da gibt es einen Bericht von Madame Durie. Diese war für das Europa-Parlament in die Türkei gefahren und hat dann den Bericht gemacht. Dieser Durie-Bericht beachtet die Menschenrechtsverletzungen in der Türkei überhaupt nicht, sondern bezeichnet zwei Bewegungen als terroristische Bewegungen, nämlich die PKK und Dev Sol. *(Eine Anmerkung dazu: Kennzeichnend für den Bericht ist, wie er zustande gekommen ist. Die von Frau Durie geleitete Delegation hat mit den Arbeitgeberverbänden gesprochen und mit den jeweiligen Regierungsstellen, und das war im Grunde alles, was sie gemacht hat.)* In der Zeit, in der wir dort in Straßburg waren, stand der Bericht kurz vor der Abstimmung. Einen Tag vor der Abstimmung haben wir im Gebäude des Europaparlaments eine Pressekonferenz gemacht und gegen den Bericht protestiert. 120 Abgeordnete des Europaparlaments haben Unterschriften gesammelt und die Menschenrechtsverletzungen in der Türkei und in Kurdistan scharf verurteilt. Sie haben den Bericht von Madame Durie abgelehnt. Ein Grund dafür war, daß wir dort waren und gegen den Bericht protestiert haben. Dieser Bericht paßt in eine Zeit, in der, seit ungefähr zwei Jahren, in Europa die Gleichgültigkeit gegenüber den Menschenrechtsverletzungen in der Türkei immer stärker wird. Auch von amnesty international hat es einen Bericht gegeben, der recht ähnlich ist wie der der Delegation des Europäischen Parlaments. In diesem Bericht, der auch in türkischen Zeitungen veröffentlicht wurde, hat man zwar die Menschenrechte in der Türkei und in Kurdistan detailliert verurteilt, aber gleichzeitig auch die beiden Bewegungen — Dev Sol und PKK —, die angeblich Aktionen gegen das Volk machen würden. Er hat praktisch die Regierung und die beiden Bewegungen gleichgesetzt.

Aus dem Inhalt

F. Gülten Şeşen: Wir haben auch mit amnesty international und anderen Menschenrechtsorganisationen gesprochen, u. a. mit dem Vorsitzenden einer internationalen Menschenrechtsföderation mit Sitz in England. Der hat gesagt, daß es in der Türkei so viele Menschenrechtsverletzungen gibt und daß er überhaupt nicht verstehen kann, daß es so wenig Reaktion von europäischer Seite gibt. Da haben wir ihn gefragt, was machen Sie denn eigentlich, Sie sind doch auch eine von den Menschenrechtsorganisationen, und dann hat er uns gesagt, daß ihre Organisation im Dezember eine Delegation in die Türkei schickt, um mit Regierungskreisen über die Menschenrechtsverletzungen zu sprechen.

Die Türkei ist der Gendarm der NATO im Nahen Osten, sie will die Rolle des Gendarmen im ganzen Nahen Osten spielen, und deshalb hat die Türkei für die westlichen Länder eine wichtige Bedeutung. Aus diesem Grund schweigen sie zu den Menschenrechtsverletzungen in der Türkei und in Kurdistan.

Wir von Özgür-Der und dem Anwaltsbüro des Volkes haben enge Verbindung mit dem Volk und erfahren praktisch als erste von den Folterungen, von den Verschwundenen, den Massakern, und deshalb berichten wir hier.

Ich selbst habe das Massaker am 12. Juli 1991 mitbekommen, bei dem vier Häuser gestürmt und zehn Menschen ermordet worden sind. Ich habe das Massaker am 16./17. April 1992 in Istanbul mitbekommen, bei dem elf Menschen ermordet wurden, als eine Wohnung gestürmt wurde. Sie haben mich aus der Wohnung angerufen, und ich habe über Telefon direkt miterlebt, was die Polizisten in den Raum gerufen haben, wie sie gerufen haben, die anderen haben wir getötet, jetzt seid ihr dran. Auch in Malatya, Adana und Ankara wurden Massaker verübt, und in Kurdistan werden Massenmorde begangen, wie in Sirnak, in Cizre und anderen Orten.

Wie ist heute die Lage der politischen Gefangenen? Wie hat sich ihre Zahl entwickelt? Es hat ja sehr viele politische Gefangene nach dem Putsch der Militärjunta am 12. September 1980 gegeben, hat es da eine Änderung gegeben, etwa im letzten Jahr seit der Koalitionsregierung?

Ümran Gün: Konkrete Zahlen können wir unmöglich sagen. Aber wenn wir das vergleichen wollen mit der Zeit nach dem 12. September, dann müssen wir sagen, daß das heute sehr viel mehr sind. Wenn wir früher von Tausenden gesprochen haben, dann müssen wir heute, wenn wir Kurdistan mitberücksichtigen, von Zehntausenden sprechen. Um ein Beispiel zu geben: Unsere Kanzlei vertritt allein im Gefängnis Bayrampaşa in Istanbul 200 politische Gefangene, aber das ist nur eine Kanzlei und ein Gefängnis, wir vertreten aber mehrere Gefängnisse. In diesem Gefängnis sitzen insgesamt 600 Gefangene, und davon werden 200 von uns vertreten als politische Gefangene. Zu den Zehntausenden, von denen ich vorhin sprach, kommen noch sehr viel mehr hinzu, wenn wir auch die einberechnen, die für drei, vier Monate eingeknastet werden.

Die Repression in den Gefängnissen verläuft parallel zur Repression außerhalb der Gefängnisse. Je mehr Repression gegen das Volk stattfindet, desto härter ist die Repression in den Gefängnissen. Sie sind ein Spiegelbild der Gesellschaft. Den Gefangenen mangelt es an den geringsten demokratischen Rechten, willkürlich werden ihnen z.B. Bücher, Essen, Fernsehen, Radio verboten, es finden willkürliche Durchsuchungen statt. Es ist auch verboten, daß sich Gefangene, die zusammen ein Verfahren haben, sehen, um sich gemeinsam verteidigen zu können. Das ist ein grober Verstoß. Es gibt zwar in den Gefängnissen immer wieder Hungerstreiks, der letzte hat 40 Tage gedauert, da werden dann auch immer wieder einige Rechte erkämpft, die nach einiger Zeit wieder beseitigt werden, dann wiedererkämpft . . .

Im Zusammenhang mit dem Anti-Terror-Gesetz ist 1992 ein neues Gefängnis eröffnet worden mit Isohaftzellen, wohin ganz viele politische Gefangene verlegt wurden, wobei sie sogar während der Verlegung stark gefoltert worden sind, viele haben dabei ihre Augen verloren oder Kopfverletzungen erlitten. Aber es gab viel Öffentlichkeitsarbeit gegen das Hochsicherheitsgefängnis, wo Angehörige, Anwälte und andere sehr aktiv waren. Durch die Öffentlichkeitsarbeit wurde erreicht, daß das Gefängnis wieder geschlossen wurde, aber es gibt immer die Drohung, daß es erneut geöffnet wird.

Ihr sagtet, es gibt heute mehr politische Gefangene als nach dem 12. September. Was ist der Grund dafür? Unter welchen Anklagen werden Menschen als politische Gefangene inhaftiert? Wurden neue Gesetze geschaffen, hat die allgemeine Repression zugenommen?

F. Gülten Şeşen: In der Türkei hat sich die Opposition des Volkes gegen die Regierung in den letzten Jahren sehr entwickelt. Um diese Entwicklung zu unterdrücken, sind neue Gesetze geschaffen worden, so das Anti-Terror-Gesetz, von dem wir schon gesprochen haben. Nach diesem Gesetz werden sehr, sehr viele als Terroristen behandelt, weil es sehr ausdehnbar ist. Es gibt kein Land auf der Welt, wo eine Beerdigung dafür benutzt werden kann, jemanden zum Terroristen zu stempeln. Die Entscheidung, ob jemand als Terrorist, als politischer Gefangener, oder als gewöhnlicher Gefangener eingestuft wird, kann von der Polizei gefällt werden. Es reichen zwei Personen, die gemeinsam etwas tun, um daraus eine terroristische Vereinigung zu konstruieren. Jeder Verstoß gegen die „öffentliche Sicherheit und Ordnung" ist sozusagen ein terroristisches Attentat, aber es wird nirgendwo definiert, was die „öffentliche Sicherheit und Ordnung" ist. Aber so können alle Aktionen als terroristische Aktionen ausgelegt werden.

Aufgrund dieses Gesetzes ist die Zahl der politischen Gefangenen sehr gestiegen. Die Politik der Regierung ist es, alle, die gegen ihre Politik Stellung nehmen, als Terroristen abzustempeln. Das führt tatsächlich dazu, daß, wenn Beamte für eigene gewerkschaftliche Rechte eintreten und dafür eine Demonstration durchführen, sie schon als Terroristen bezeichnet werden können, oder Arbeiter, die auf die Straße gehen, weil wieder einmal die Lebensmittel teurer geworden sind. Neu ist auch, daß man gespeichert wird, wenn man einmal in Gewahrsam genommen worden ist, und bei einer erneuten Festnahme werden die Informationen abgefragt. Das führt dazu, daß die Hälfte der Bevölkerung politische Gefangene sind oder mal gewesen sind. Eine der Parolen gegen die Verabschiedung des Anti-Terror-Gesetzes war auch, daß damit 60 Millionen als Terroristen behandelt werden.

Ümran Gün: In dem Gesetz wird auch geregelt, daß, wer gegen die Einheit des Landes ist, ein Terrorist ist. Als der erste Özgür-Der gegründet wurde — es war genau zu der Zeit, als über das neue Anti-Terror-Gesetz beraten wurde (April 1991, d. Verf.) — hat Fatmah in einer Zeitung einen Artikel geschrieben, woraufhin sie sogleich angeklagt wurde, weil sie darin für das Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes eingetreten ist. Dieses Verfahren läuft noch.

Frau Şeşen, Sie waren Vorsitzende von Tayad, sind Mitbegründerin von Özgür-Der und geben die Zeitschrift Mücadele *heraus. Sind Sie über das gerade genannte Verfahren hinaus Verfolgung ausgesetzt?*

F. Gülten Şeşen: Allein wegen Tayad gab es ungefähr 70 Verfahren, die aber nicht alle zu Ende geführt worden sind, und die Verfahren wegen *Mücadele* bewegen sich ungefähr im selben Rahmen. Früher wurde ich auch oft angeklagt wegen Broschüren u.ä., aber seit dem Anti-Terror-Gesetz hat die Verfolgung eine neue Qualität bekommen. Man

kann viel einfacher angeklagt werden. Durch das Gesetz kann ich z. B. auch als Inhaberin einer Presseorganisation angeklagt werden, früher nur als Verfasserin oder Redakteurin. Nicht einmal meine Anwältin kann sagen, wieviele Verfahren ich als Herausgeberin von *Mücadele* heute habe; es ist mindestens ein Verfahren je Ausgabe. Jetzt, für die Rundreise, habe ich meiner Anwältin rund 30 Vollmachten gegeben für mögliche neue Verfahren.

Ümran Gün: Vor und nach dem Putsch gab es zwei berüchtigte Paragraphen, die Paragraphen 141 und 142, wonach man wegen Mitgliedschaft in einer kommunistischen Organisation immer verurteilt werden konnte. Dann wurden diese Paragraphen abgeschafft, und die Regierung konnte sagen, seht, man kann Kommunist sein — aber gleichzeitig wurde das Anti-Terror-Gesetz geschaffen, das die vorherigen Paragraphen verschärfte. Dies Gesetz deckt alles ab, ist ein Angriff auf die Meinungsfreiheit, und jeder, der gegen die Einheit des Landes ist, kann nach dem Gesetz verurteilt werden, mit Geld- oder Gefängnisstrafe.

Welche Rückwirkungen hat der Krieg der Türkischen Republik in Kurdistan auf die Bevölkerung in der Türkei selbst, auf ihre materielle Lage, auf ihre Rechte? Welche Auffassungen gibt es unter der türkischen Bevölkerung über diesen Krieg?

F. Gülten Şeşen: Der Krieg der türkischen Regierung gegen das kurdische Volk wird von der türkischen Bevölkerung abgelehnt. Sie bekommt mit, daß die Regierung das kurdische Volk ausrotten will. Die türkische Regierung benutzt Beerdigungen von Soldaten, um die Türken gegen die Kurden aufzubringen, und es gibt bei Beerdigungen auch kleinere Massen, die das schüren. Aber das sind nicht normale Bürger, die dahin gehen, sondern Zivilpolizisten oder Leute, die wir Zivilfaschisten nennen, und damit wird nach außen demonstriert, daß das Volk mit der Politik der Regierung übereinstimmt, was aber überhaupt nicht so ist. Das sehen wir auch daran, daß sehr viele Familien inzwischen verunsichert sind, wenn sie ihre Söhne nach Kurdistan schicken müssen. Es laufen in verschiedenen Städten Kampagnen, daß junge Männer nicht mehr zum Militär gehen. Bei den linken Kräften ist die Ablehnung des Krieges noch stärker, weil sie die Politik der Regierung noch klarer einschätzen. Doch trotzdem gibt es auch manchmal Verunsicherung. Das hängt auch damit zusammen, daß es im Befreiungskampf Kurdistans, der von der PKK geführt wird, einige Aktionen gibt, die nicht nur von Türken, sondern auch von Kurden kritisiert werden. Die linken Kräfte unterstützen den kurdischen Befreiungskampf und kämpfen für Kurdistan. Özgür-Der hat z. B. eine Delegation nach Sirnak geschickt, um zu untersuchen, was geschehen ist, aber auch zur Hilfe. Wir üben, so kann man es zusammenfassen, kritische Solidarität.

Die Politik der Regierung versucht, ein Nationalbewußtsein der Türken zu schaffen, die Türken hinter der Regierung zu vereinen. Unsere Aufgabe als *Mücadele*, Özgür-Der und revolutionäre linke Kräfte ist es, die Brüderschaft zwischen den Völkern in der Türkei zu stärken, dafür treten wir ein, und das ist einer der Gründe der neuerlichen Schließung von Özgür-Der. In dem Zusammenhang will ich ganz besonders darauf hinweisen, daß in der letzten Zeit Menschen „verschwunden" sind, und auf die Morde an Journalisten von fortschrittlichen, linken Zeitungen, die prokurdisch sind. Alle „Verschwundenen" sind Menschen, die für die Rechte der Kurden und für die Rechte der Türken eingetreten sind. Früher wurden viele tagelang gefoltert, jetzt „verschwinden" Menschen. In Istanbul sind sieben Menschen verschwunden, von zwei von ihnen wissen wir noch nichts Genaues. Ihre Familien verlangen Rechenschaft, sie fragen nicht mehr nur nach dem Verbleib ihrer Kinder, sie machen Aktionen, so haben sie mit blutgefüllten Flaschen die Parlamentstüren eingeschmissen. Sie bekommen von der Regierung keinerlei Antwort, nichts. Einer der „Verschwundenen" ist Tugrul Özbek, der vorher lange im Gefängnis war unter der Anklage, Mitglied von Devrimci Sol zu sein. Es gibt viele Augenzeugen für seine Verhaftung, doch trotzdem ist er nicht auffindbar, er ist einfach „verschwunden". Einer der „Verschwundenen", Ayhan Efeoglu, war vorher zehnmal verhaftet worden, die letzten Male hatte er Morddrohungen bekommen und sollte gezwungen werden, mit der Polizei zusammenzuarbeiten, beim letzten Mal dann hatte er eine Pressekonferenz durchgeführt, wo er alles öffentlich gemacht hat, und jetzt, nach seiner allerletzten Festnahme, ist er „verschwunden".

Ich bedanke mich für das Gespräch. Information über die Verletzungen der Menschenrechte in der Türkei sind wichtig. Aber was können wir darüber hinaus tun zur Unterstützung?

F. Gülten Şeşen: Wir möchten vor allem, daß das, was wir berichtet haben, öffentlich gemacht wird, daß eine größere Sensibilität über das, was bei uns geschieht, geschaffen wird, daß Ihr auch in die Türkei kommt und selbst seht, was dort geschieht. Es soll überall bekannt werden, daß die Regierung in der Türkei Terror ausübt. Was wir aber gerne von Euch wissen wollen, was denkt denn Ihr, was Ihr tun könnt? Was macht Ihr, wenn in der Türkei Morde gegen Journalisten, gegen linke Menschen stattfinden?



Ümran Gün

Das Plakat „Freiheit für alle politischen Gefangenen" ist wieder erhältlich — ohne den Demoaufdruck vom 20. 6. 92. Es kann bezogen werden über die Redaktionsanschrift (siehe Impressum). Bis 5 Stück kostet es je 2 DM, ab 5 bis 10 Stück 1.50 DM und ab 10 Stück je 1 DM, alles zuzüglich Portokosten.

Veranstaltung in Hamburg: Für die Freiheit der politischen Gefangenen

Hamburg, 21. 12. 92

Hallo! Wir werden am Freitag, den 29. Januar '93, um 18.30 Uhr im Gemeindehaus Schloßstr. 78, Wandsbeker Markt, eine Veranstaltung für die Freiheit der politischen Gefangenen durchführen.

Wir schicken Euch/Dir anbei unseren Aufruf. Wir möchten, daß möglichst viele Gruppen und Einzelne mit zur Veranstaltung aufrufen und sich überlegen, ob sie mit Diskussionsbeiträgen vertreten sein wollen.

Es geht also nicht um die Unterstützung des Aufrufs, sondern der Veranstaltung und wie Ihr Euch vorstellen könnt, Euch zu beteiligen.

Den Ablauf der Veranstaltung haben wir uns so vorgestellt, daß es am Anfang drei/vier Beiträge gibt von Menschen, die wir einladen, zu/von:

— Bilanz von '92 und der „Kinkelinitiative" (den Beitrag machen wir)
— ein Beitrag von Ex-Gefangenen und/oder aus dem Knast
— Rassismus/Antifaschismus
— Situation in der Ex-DDR

Dann wollen wir, daß es Diskussionsbeiträge gibt zu verschiedenen Bereichen und Komplexen, wo sich Gruppen und Einzelne etwas überlegen.

Unter dem Eindruck der gesellschaftlichen Entwicklung hier besteht die Gefahr, daß die Situation der politischen Gefangenen in Vergessenheit gerät.

Uns geht es darum, die in allen Bereichen gemeinsamen Fragen herauszufinden und in die Diskussion darüber zu kommen, wie in der jetzigen Situation es eine Perspektive für die Freiheit geben kann.

Die Frage der politischen Gefangenen ist nicht zu trennen von einer Perspektive für linke Politik überhaupt.

Wir bitten Euch, uns bis zum 10. Januar '93 mitzuteilen, ob Ihr die Veranstaltung unterstützt. Dann laden wir vor der Veranstaltung die Unterstützer-innen noch einmal ein.

Bis dahin viele Grüße — für die Vorbereitungsgruppe: Ike Büscher, Frank John, Tjark Kunstreich, Hanne Witkofski

Kontakt: Post: Frank John, Hafenstr. 110, 2000 Hamburg 36, Fax: (040) 31 28 13. Telefon: Hanne, (040) 43 28 86.

Die Würde des Menschen ist antastbar

Wir laden ein zu einer Veranstaltung für die Freiheit der politischen Gefangenen in der BRD.

Kürzlich hat sich die sogenannte „Kinkel-Initiative" gejährt, die Ankündigung des damaligen Justiz- und heutigen Außenministers, einige Gefangene aus der RAF und dem Widerstand freizulassen. Mit dieser Veranstaltung wollen wir eine Bilanz ziehen — wir wollen untersuchen, was aus den Ankündigungen geworden ist, was wir getan haben, um die Forderung nach einer Lösung für *alle* politischen Gefangenen durchzusetzen. Wir wollen auch versuchen, die Ankündigung in Zusammenhang zu stellen mit dem, was sich politisch und gesellschaftlich 1992 in der BRD getan hat.

Einen Tag vor dem 60. Jahrestag der nationalsozialistischen Machtergreifung, in einer Zeit, in der Menschen und Menschenrechte — Rechte von Menschen — durch rassistische Hetze, faschistischen Terror und staatliche Gesetze attackiert und zum Abschuß freigegeben werden, wollen wir von den Alternativen sprechen.

Heute ist eine schnelle politische Lösung für die Freiheit der politischen Gefangenen erstmal außer jeder Diskussion.*

Doch egal, wovon wir sprechen: es gibt nichts, was dem Lauf der Dinge gerecht wird. Sei es Entmilitarisierung statt Militäreinsatz; Bleiberecht statt Abschiebung; Wohnrecht statt Räumung; Wohnraum statt Bürohaus ... Die Liste ist willkürlich und verlängerbar.

Wenn wir von den Alternativen ausgehen, fehlt offensichtlich die gesellschaftliche Kraft und die Vorstellung, wie diese aussehen und durchzusetzen sein können und die politische Einigung und Gegenmacht zu erreichen sind.

Wir erfahren in den meisten Gesprächen, daß unsere Probleme, Sorgen und Wünsche, hier etwas zu bewegen bzw. in Bewegung zu bringen, ziemlich ähnlich sind — fast egal, wie unsere Arbeit im einzelnen aussieht und sich unterscheidet.

„Die Internationale erkämpft das Menschenrecht!"

So heißt es im Refrain eines alten Hits der Arbeiterinnen- und Arbeiterbewegung und der Linken in aller Welt.

Für uns hat das nichts an Aktualität eingebüßt — im Gegenteil.

Was da alles verschüttet ist, muß wieder hervor, weil da die Wurzel und der Sinn von ungezählten Kämpfen sind, die wir führen und geführt haben, so wie es Generationen vor uns getan haben und nach uns tun werden.

Wir wollen auf dieser Veranstaltung Gespräche und Diskussionen anfangen, die wir brauchen, um diesem Recht — unserem Recht — auch Recht verschaffen zu können. Wir hoffen auf zahlreichen Besuch. Wir wissen, daß es schwer ist, auf großen Veranstaltungen zu sprechen — trotzdem wünschen wir uns, daß auch andere ihre Ansichten kundtun.

Wir versuchen unser Bestes.

„Unser Ziel ist Freiheit, Gerechtigkeit und völlige Gleichberechtigung." (Malcolm X)

Freiheit für die politischen Gefangenen! Zusammenlegung bis dahin! Freie Kommunikation und Arztwahl! Freilassung aller haftunfähigen Gefangenen sofort!

Initiative zur Befreiung der politischen Gefangenen

* Das denken wir nicht. Unseres Erachtens scheint diese Lösung zwar außer Sicht, aber sie ist nicht außer jeder Diskussion. (d. Red.)

☆

Haftverschonung für Gerhard Bögelein

Nach rund zwei Jahren Gefängnis ist Gerhard Bögelein wieder draußen! Am 8. Dezember erhielt der 69jährige Antifaschist Haftverschonung. Gerhard Bögelein wurde kurz nach dem rechtlichen Vollzug der DDR-Annexion unter dem Vorwurf, den faschistischen Wehrmachtsrichter Kallmerten 1947 in einem sowjetischen Kriegsgefangenenlager getötet zu haben, in Leipzig verhaftet und in einem unsäglichen Verfahren zu lebenslangem Gefängnis verurteilt. Das Urteil ist, da die Verteidigung von Gerhard Bögelein Revision eingelegt hat, noch nicht rechtskräftig.

Gerhard Bögelein war die ganzen zwei Jahre krank. Er war gegen den Willen seiner behandelnden Leipziger Ärzte verhaftet und im Untersuchungsgefängnis Hamburg auf fragwürdige Weise medikamentös behandelt worden. Die durch Rache, nicht Recht geleitete Inhaftierung hat ihm Jahre seines Lebens geraubt. Das ist nicht wiedergutzumachen. Wir hoffen aber, daß er jetzt, nach seiner krankheitsbedingten Haftverschonung, wenigstens eine gute medizinische Behandlung findet und sich von den Torturen der Haft etwas erholen kann.

Gegen die Verurteilung von Gerhard Bögelein haben sehr viele Menschen protestiert. Um das Verfahren bis zum Ende durchzustehen, braucht er weiter unsere Solidarität.

Pressemitteilung zu „Siegerjustiz"-Veranstaltung in Hamburg

„Wir haben Angst vor Deutschland"

Unter dem Titel *Siegerjustiz* nahmen am Freitag, den 11. Dezember, gut 300 Menschen an einer Podiumsdiskussion teil, zu der der Republikanische Anwältinnen- und Anwälteverein und die Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen (Regionalgruppe Hamburg) in die Hamburger Friedenskirche eingeladen hatte. Anlaß war der laufende Prozeß gegen führende Repräsentanten der ehemaligen DDR.

Vom Podium aus charakterisierte Rechtsanwältin Gabriele Heinecke (Verteidigerin von Willi Stoph) den Prozeß als politisches Verfahren, mit dem fundamentale Rechtsgrundsätze außer Kraft gesetzt werden. Ewald Stiefvater, selbst in den 50er und 60er Jahren als Kommunist verfolgt, stellte den Wunsch der Herrschenden, den politischen Gegner zu vernichten, als verbindendes Element der Kommunistenverfolgung in der Weimarer Republik, während des Faschismus, der Zeit des KPD-Verbots in der Bundesrepublik Deutschland und der heutigenVerfahren dar.

Thesenhaft beschrieb der Berliner Historiker Prof. Siegfried Prokop den Bau der Mauer als Teil eines Kompromisses zwischen der Sowjetunion und den USA zur Lösung der gefährlichsten Zuspitzung des Kalten Krieges (Berlin-Krise, Kuba-Krise), gleichzeitig aber als Zeichen der inneren Schwäche der Staaten des Warschauer Vertrages.

Daß die Anklage gegen Erich Honeker und andere nicht zuletzt dazu diene, die grassierende Ausgrenzung und Verfolgung all derjenigen zu rechtfertigen, die sich für den Sozialismus in der DDR eingesetzt haben, betonte Hans Modrow. Die Hoffnung auf eine gleichberechtigte Annäherung der beiden deutschen Staaten, die der Politik der von ihm geführten letzten SED-Regierung zugrunde gelegen habe, sei sowohl durch das Verhalten der sowjetischen Führung als auch durch die massiven Wahlerfolge der CDU zunichte gemacht worden.

Dr. Lothar Hertzfeldt, Berliner Friedensforscher, legte dar, die Politik der SED-Führung habe entscheidend zur Lähmung der Parteibasis angesichts der Umbruchsituation 1989/90 beigetragen. Deren Verantwortung bestehe jedoch nicht gegenüber der bürgerlichen Justiz der Bundesrepublik Deutschland. An mehreren Beispielen verdeutlichte er das Ausmaß und die vielfältigen Formen der aktuellen Verfolgung, deren vordringliches Ziel es sei, organisierten Widerstand gegen die Vernichtung der Industrie und die Verschlechterung der Lebenssituation breiter Massen in der ehemaligen DDR zu verhindern.

In der nachfolgenden lebhaften Diskussion wurde der Prozeß gegen Honecker u. a. als ein Akt benannt, den die Herrschaft Deutschlands notwendig brauche, um von den massiven Angriffen auf die Bevölkerung der ehemaligen DDR abzulenken. Auch sei es eine Warnung an andere souveräne Staaten, sich der gegenwärtigen Machtpolitik Deutschlands entgegenzusetzen. Mit dem Anschluß der DDR sei die Bedrohung durch Deutschland gewachsen, das betreffe vor allem den wachsenden, staatlich geförderten Rassismus, die Teilnahme an Militäraktionen und den massiven wirtschaftlichen und politischen Vorstoß in die osteuropäischen Staaten, insbesondere nach Polen und die CSFR. Ein Mitglied der holländischen „Antifaschistischen Widerstandskämpfer" erklärte: „Wir haben Angst vor Deutschland."

Am folgenden Samstag nahmen etwa 60 Personen an einem „Anschluß-Seminar — Wer war eigentlich die DDR" teil, bei dem die Diskussion über den Versuch DDR und die Ursachen des Scheiterns im Mittelpunkt stand.

Dies war eine der ersten Großveranstaltungen zu diesem Thema, und so war die Kirche regelrecht überfüllt. Sogar aus der ehemaligen DDR waren extra für diese Veranstaltung und das Seminar etliche Leute angereist. Bezeichnend war jedoch im nachhinein wieder das einhellige Schweigen der bürgerlichen Presse trotz anwesender Journalisten. *(d. Red.)*

An alle UnterstützerInnen zur sofortigen Freilassung von Dr. Klaus Croissant

Liebe Freundinnen und Freunde!
Zweimal hatte ich bisher die Möglichkeit, Klaus im Knast zu besuchen und mit ihm zu reden. Die vielen Briefe/Solidaritätsbekundungen u. v. a. m. helfen sehr, die komplizierte Knastsituation etwas zu erleichtern. Allen UnterstützerInnen sei auf diesem Wege noch einmal recht herzlich gedankt. Da immer noch nicht mit einer baldigen Haftentlassung zu rechnen ist — der Termin für einen neuen Haftprüfungstermin ist uns noch nicht bekannt —, müssen die Aktionen für die sofortige Freilassung von Klaus sowie der vielen anderen politischen Gefangenen forciert werden. Zur Freilassung werden bisher folgende Wege beschritten:

1. Briefe direkt an Klaus in den Knast
Für alle, die die Anschrift noch nicht kennen: Ermittlungsrichter beim BGH Herrn Dr. Bode, Herrenstr. 45 a, 7500 Karlsruhe; in diesen den Brief an Klaus Croissant legen (unverschlossen): Dr. Klaus Croissant, Alt Moabit 12 a, W-1000 Berlin 21.

2. Resolutionen / Anschrift s. o. / Kopie am besten auch an meine Anschrift.

3. Artikel über Klaus bzw. zur Haft und zu den Vorwürfen: Material dazu kann bei mir angefordert werden / Belegexemplare bitte auch an meine Anschrift faxen.

4. Täglich erscheinen im *Neues Deutschland* Berlin-Teil (Klaus ist Bezieher) eine Kleinanzeige mit einem ausgedachten oder ausgesuchten Spruch als kleinen täglichen Gruß. Wer sich in diese Aktion mit einklinken möchte, schreibe mir seinen Spruch (bitte nicht länger als drei Zeilen) und gewünschte Namensbezeichnung. Kosten pro Anzeige sind 50 DM, die entweder auf das Sonderkonto überwiesen oder als Verrechnungsscheck ankommen müßten. Ihr bekommt Euer Belegexemplar dann zugestellt. Es wäre toll, wenn sich noch viele daran beteiligen würden.

5. Es wird in ca. 14 Tagen eine umfangreiche Dokumentation zur Verhaftung von Klaus, Hintergründe, Stellungnahmen, Artikel, Resolutionen, Briefe u. v. a. m. erscheinen, an der Herstellung wird noch gearbeitet. Diese kann dann gegen einen Unkostenbeitrag bei mir angefordert werden. Zu dieser Dokumentation wird es noch eine Pressemitteilung geben, die allen rechtzeitig zugeht.

Weitere Aktionen, die über das Vorgenannte hinausgehen, werden Euch noch mitgeteilt.
Mit solidarischen Grüßen, Klaus muß raus!

Bernd Biniek, Goltzstr. 32, W-1000 Berlin 30, Tel.: (030) 2 15 39 82, Fax: (030) 251 62 56.
Für Anzeigen/Spenden das Konto: Postbank Berlin-West, BLZ 100 100 10, Konto-Nr. 518563-103, Sonderkonto Bernd Biniek.

Hungerstreik in Bielefeld nach Erfüllung der Forderungen beendet

bielefeld, den 17. Dezember '92
hallo leute, am 11. 12. 92 ist die verhängte isolation innerhalb des trakts hier in brackwede I aufgehoben worden, zusätzlich wurde erreicht, daß sieben der hungerstreikenden gefangenen aus dem trakt verlegt worden sind. *(Im Angehörigen Info 107 hatten wir zu dem Hungerstreik einen Brief von Alfonso*

veröffentlicht.)

nachdem die zusagen erfüllt worden sind, hat heute der letzte gefangene seinen hungerstreik abgebrochen.

ich möchte hiermit im namen aller gefangenen all jenen danken, die uns während unseres streiks unterstützt haben und die es so möglich gemacht haben, daß ein solches ergebnis erzielt werden konnte.

einen großen dank an alle für jede art von unterstützung und solidarität, grüße. alfonso fernandez-villar

Berliner Antifaschist frei, ein anderer noch in Haft

Am Montag, den 28. 12., fand vor dem Gericht in Moabit/Berlin eine Kundgebung mit ca. 100 Leuten statt. Anlaß war der Haftprüfungstermin von Wulf, einem Antifaschisten, der seit 9. 12. in U-Haft saß. Wulf wird „gefährliche Körperverletzung" und „Raub" vorgeworfen. Er soll zusammen mit anderen bei Auseinandersetzungen mit Neonazis einen Rucksack mit faschistischem Propagandamaterial „geraubt" haben.

Als klar war, daß Wulf rauskommen sollte, wurde die Kundgebung offiziell aufgelöst; die Leute zogen dann vor den Moabiter Knast. Die Stimmung war gut, und bei lauter Rap-Musik wurde gegen die klirrende Kälte angetanzt. Nach längerem Warten war Wulf endlich zu sehen, und die Sektkorken flogen.

Trotzdem noch kein Grund zum Feiern: Ein anderer Antifaschist — Bernd — sitzt weiterhin wegen „Sachbeschädigung" in U-Haft in Berlin *(siehe auch letztes* Angehörigen Info). Er ist bereits seit dem 9. 11. im Knast und soll, zusammen mit anderen, das Auto des Naziänführers Priem angezündet haben. Bei einer Gegenüberstellung mit Priem konnte dieser ihn jedoch nicht einmal identifizieren.

Angehörige Kinder malen für politische Gefangene

Auf 16 farbigen Postkarten haben sich sieben angehörige Kinder verschiedenen Alters ihre Knasterfahrungen von der Seele gemalt oder einfach den Gefangenen eine Freude machen wollen.

Bunte Kartenserie — 16 Stück 18 DM plus 2 DM Porto. Bei Sammelbestellung über 3 Serien und mehr — Porto 4 DM. Bitte Vorauskasse bar oder Scheck an: Angehörige der politischen Gefangenen, Postlagerkarte 050205, 6230 Frankfurt/Main 80.

Diyarbakir — Staatssicherheitsgericht: Verfahren gegen Stephan Waldberg, freier Mitarbeiter von Radio Dreyeckland

Bericht vom 2. Verhandlungstag am 18. 12. 92 in Diyarbakir

Nachdem der erste Prozeßtermin am 4. 12. mit einer Verschiebung geendet hat, um weitere Beweise zu erheben, war in diesem Termin erneut die türkische Presse deutlich vertreten (*Sabah, Hürriyet, Cumhuriyet, Gündem, Milliyet, Anadolu*). Weitere 32 andere Verfahren vor dem Staatssicherheitsgericht fanden dagegen nur geringes Interesse seitens der Presse.

Von Deutschland aus war erneut eine kleine Delegation angereist, die Botschaft war ebenfalls vertreten (v. Reibnitz). Nicht zugelassen hingegen war diesmal ein Vertreter der Menschenrechtsorganisation IHD aus Diyarbakir, dem vor dem Gerichtsgebäude üble Beschimpfungen entgegengehalten wurden.

Der erste Termin am 4. 12. war mit der Aufforderung des Gerichts zu Ende gegangen, weitere Beweise in diesem Verfahren (Vorwurf „Kuriertätigkeit" resp. Propaganda für die PKK) zu erheben, u. a. Auskünfte der Polizei aus Cizre, Nusaybin und Viransehir über mögliche Kontaktpersonen von Stephan Waldberg einzuholen. Lediglich aus Cizre lag ein Fax der Polizei vor, in dem zu zwei der vier angefragten Personen PKK-Sympathie festgehalten wurde. Der Anwalt von Stephan Waldberg konnte hingegen nachweisen, daß diese Personen vom Vorwurf der Unterstützung der PKK gerichtlich freigesprochen wurden, die polizeilichen Nachforschungen also unseriös seien. Er beantragt — wie im ersten Verfahren — Freispruch für seinen Mandanten.

Bei der Verhaftung von Stephan Waldberg sichergestellte Unterlagen werden sodann überprüft (Cassetten, Aufzeichnungen, Fotoapparat, Munitionsteile, ERNK-Rosetten). Stephan bestätigt, daß dies seine Unterlagen seien, und erklärt erneut, daß der Brief von Hüseyin Celebi ihm zuvor nicht bekannt war (Brief an deutsche Freunde). Auf zwei auf einige Zettel geschriebene Fragen will das Gericht hinweisen, d. h. in deutsch gestellte Fragen, die ins Türkische übersetzt worden sind (Einsatz deutscher Waffen an kurdischen Zivilisten und Zerstörung von Dörfern). Es macht zunächst den Eindruck, daß hier evtl. eine unkorrekte Übersetzung vorläge, auf nachträgliche Auskunft des Anwalts ist jedoch die Übersetzung identisch mit der deutschen Frage.

Ein Richter will daraufhin wissen, ob er diese Fragen in der Türkei oder im Irak stellen wollte. (Antwort: in der Türkei.)

Als weiterer Punkt wird erneut seine Tätigkeit für Radio Dreyeckland geprüft. Ein Vertreter des Radios gibt Auskunft über die Tätigkeit von Stephan und seine entgeltliche Mitarbeit, ebenso Aufklärung über den Status vieler Journalisten als freie MitarbeiterInnen (etwa 50 % in Deutschland). Schließlich erneut die Frage nach der Voreingenommenheit der Berichterstattung (warum immer nur die eine Seite zu Wort komme), wie auch — bereits am 4. 12. Anlaß für Kritik — die Formulierung „aus der türkisch-kurdischen Region".

Nach etwa 70 Minuten endet die Verhandlung damit, daß der Gerichtsdolmetscher die Tonband-Interviews sowie schriftliche Aufzeichnungen von Stephan Waldberg übersetzen soll. Ebenso soll die Antwort aus Nusaybin abgewartet werden. Ein Antrag auf provisorische Freilassung (gegen Kaution) wird abgelehnt. Nächster Verhandlungstermin ist am 15. 1. 93, 9 Uhr.

Anschließend wurde ein weiterer Prozeß besucht. Aufgrund der Probleme mit der Simultan-Übersetzung war nur ein geringer Teil zu verstehen (der Gerichtsdiener ermahnte unseren Dolmetscher zur Ruhe!). Es waren drei Männer der PKK-Unterstützung angeklagt. Sie stritten die Vorwürfe ab, u. a. Minen gelegt zu haben. Sie seien Hirten in einem Dorf, sie seien in der Haft gefoltert worden, sie seien unschuldig.

Aufgrund nicht nachvollziehbarer Anhaltspunkte ließ das Gericht einen Gefangenen frei, die beiden anderen blieben in Haft.

Beurteilung

Das Gericht der Staatssicherheit macht sich immer deutlicher zum Richter über die journalistische Tätigkeit. Schon die Fragen im ersten Termin, warum z. B. nicht mit Barsani oder Talabani Interviews geführt worden wären, oder die Zweifel an der journalistischen Tätigkeit überhaupt ließen diesen Eindruck zu.

Im zweiten Verhandlungstermin wird deutlicher, daß diese Art der Informationsbeschaffung mißtrauisch kontrolliert wird. „Einseitige Berichterstattung" über die Türkei, der erhobene Verdacht der unkorrekten Übersetzung brisanter Fragen oder die Tatsache, nunmehr direkt das Interview-Material zu untersuchen, geben hinreichend Anlaß zu diesen Vermutungen. Dies insbesondere noch dann, wenn aus den Akten bereits die Inhalte der Interviews erkennbar sind (sie sind Bestandteil der Ermittlungsakten), so daß eine weitere

Verzögerung der Gerichtsentscheidung nicht mehr mit der Ermittlungs„technik" begründet werden kann.

Nach dem Prozeß wurde bekannt, daß der ARD-Korrespondent H. Weiss die Absicht hatte, zu dem Prozeß anzureisen. Akkreditierungsprobleme in Ankara, die mit Hinweis auf Stephan Waldberg legitimiert wurden, ließen seine rechtzeitige Anwesenheit beim Prozeß nicht zu.

Ebenfalls läuft nach wie vor ein Verfahren gegen den Journalisten Michael Enger und Yavuz Ferzoglu, die Mitte November '92 für drei Tage auf türkischen Polizeistationen festgehalten worden waren.

Am 8. 12. 92 erscheint in *Milliyet* ein Artikel: „Strom von Spionen in die Türkei", der sich mit „zweckentfremdeten Tätigkeiten" von Ausländern beschäftigt, d. h. sie stellen unerlaubte „Untersuchungen" an. Die „Verhinderung schädlicher Aktivitäten" sei notwendig, so wird der oberste Polizeichef — Yilmaz Ergun — zitiert. Dieser Artikel endet mit dem Hinweis auf den Prozeß gegen Stephan Waldberg. (In diesem Artikel werden deutsche Delegationen erwähnt, die in der Türkei u. a. Prozesse besucht haben, z. B. Lissy Schmidt, Ulla Jelpke, H. Krause.)

Die Botschaft hat sich bislang nicht energisch gegen die deutliche Behinderung der journalistischen Arbeit gewehrt. Es gibt keinen offiziellen Protest gegen die Tatsache, daß türkische Behörden die deutsche Botschaft nicht von der Verhaftung von Deutschen informieren.

Über die Zeit der ersten Haftwoche liegen inzwischen im Fall Stephan Waldberg nähere Informationen vor, die es als zulässig erscheinen lassen, daß er in den Händen der türkischen Spezialeinheiten gefoltert worden ist. Nähere Informationen dazu in einem gesonderten Bericht.

Anhaltspunkte: Maschinenpistolen wurden durchgeladen in seinem Beisein, ihm wurden Foltergeräte gezeigt, nachts waren deutlich Schreie zu hören, nackt Ausziehen, verbundene Augen: in diesem Zustand Verhöre durch fünf türkische Spezialpolizisten (sog. Özalteams).

Freiburg, den 22. 12. 92

Radio Dreyeckland

Nach einer Meldung von Neues Deutschland *vom 28. 12. kann sich Stephan Waldberg nun im Gefängnis von Diyarbakir einen Gemeinschaftsraum mit politischen Gefangenen teilen, die ihn mit Decken und Lebensmitteln versorgt haben.* *(d. Red.)*

☆

Unterstützt den Kampf der Gefangenen im Todestrakt in Huntingdon, USA, gegen ihre Haftbedingungen

Seit dem 1. November 1992 sind die Haftbedingungen aller 146 Gefangenen in den Todestrakten der Gefängnisse in Pennsylvania verschärft worden. Darüber hinaus wurden die Haftbedingungen für alle Gefangenen in Disziplinarhaft in Pennsylvania auch verschärft. Diese Regelungen betreffen u. a. den schwarzen Journalisten und ehemaligen Black Panther, Mumia Abu-Jamal. Er wird im Todestrakt von Huntingdon gefangengehalten und ist zusätzlich in Disziplinarhaft, weil er sich weigert, seine Dreadlocks abschneiden zu lassen.

Konkret bedeuten die Haftverschärfungen:

— Die Todesstrafengefangenen haben nur noch 5 Tage in der Woche einen zweistündigen Hofgang in einem Gitterkäfig (statt wie bisher 7 Tage) und sind am Wochenende 48 Stunden ununterbrochen in den Zellen eingeschlossen. Die Gefangenen sind 22 Stunden täglich in den Zellen eingeschlossen.

— Die Todesstrafengefangenen haben weiterhin nur vier Trennscheibenbesuche im Monat — auch mit Angehörigen und AnwältInnen.

— Die Todesstrafengefangenen dürfen weiterhin keine Schreibmaschinen haben.

— Die Todesstrafengefangenen haben weiterhin nur einen 10minütigen Telefonanruf nach draußen pro Monat.

Die Gefängnisbehörde hat darüber hinaus angekündigt, daß Todesstrafengefangene in absehbarer Zeit (das genaue Datum wurde noch nicht bekannt gegeben) nur noch juristische und religiöse Bücher erhalten dürfen; daß die Gefangenen keine Radios und Fernseher mehr auf der Zelle haben dürfen und im Knasteinkauf nur noch zwei Päckchen Zigaretten pro Woche kaufen können, d. h. sie können dann kein Briefpapier, Briefumschläge oder Briefmarken mehr über den Knasteinkauf beziehen.

Gefangene in Disziplinarhaft haben schon jetzt keine Radios oder Fernseher in den Zellen. Unter den neuen Bestimmungen haben sie nur noch einen Trennscheibenbesuch im Monat (anstatt wie vorher vier Besuche im Monat). Sie dürfen keinerlei persönliches Eigentum

Schickt bitte ein kurzes Fax oder einen Brief mit folgendem Text an den Knastdirektor in Huntingdon — Warden Love, Drawer R, Huntingdon SCI, Huntingdon, PA 16651, Tel. 001-814643-2400; Fax 001-814-949-7922; und an den Gouverneur von Pennsylvania — Governor Casey, Main Capitol Bldg., Room 225, Harrisburg, PA 17120, und eine Kopie Eurer Petition an Mumia Abu-Jamal, AM-8335, Drawer R, Huntingdon, PA 16652.

Wir fordern Sie auf, die Bestrafung der 27 Gefangenen, die im Todestrakt von Huntingdon eine Petition gegen die Verschärfung ihrer Haftbedingungen unterschrieben haben, rückgängig zu machen.

Wir unterstützen die Forderungen der Gefangenen nach

— Wiedereinführung des zweistündigen Hofgangs 7 Tage in der Woche

— Aufhebung der Trennscheibenbestimmung bei Besuchen

— mehr Telefongesprächen

— dem Besitz von Schreibmaschinen

— Zugang zu Arbeits- und Bildungsmöglichkeiten

— der Möglichkeit, an religiösen Zeremonien teilnehmen zu können.

Wir fordern Sie auf, die Forderungen der Gefangenen zu erfüllen und die Verschärfung der Haftbedingungen für Gefangene in den Todestrakten und in Disziplinarhaft sofort rückgängig zu machen. Die Gefangenen haben ein Recht, die Wahrung ihrer grundsätzlichen Menschenrechte zu fordern.

We demand that you cancel the punishment of the 27 prisoners from death row in Huntingdon, who have signed a petition protesting the tightening of their prison conditions.

We support the demands of the prisoners for

— restoration of 2hour daily, 7 days a week yard exercise

— abolishment of non-contact visits

— the possession of typewriters

— access to work and education possibilities

— the possibility to participate in group religious ceremonies.

We demand that you fulfill the demands of the prisoners and that you immediately cancel the tightening of the prison conditions for prisoners on death row and in disciplinary custody. The prisoners have a right to demand respect for their basic human rights.

auf den Zellen haben und dürfen nur eine juristische Zeitung abonnieren (keine Tageszeitungen, Monatszeitschriften etc. wie vorher). Telefongespräche sind Gefangenen in Disziplinarhaft grundsätzlich verboten. Darüber hinaus können Gefangene in Disziplinarhaft nur ein Päckchen Zigaretten alle zwei Wochen im Knasteinkauf erhalten — Briefpapier, Briefumschläge und Briefmarken erhalten auch sie nicht mehr. Der Besitz einer Schreibmaschine ist ihnen auch verboten.

Am 4. Dezember 1992 haben 27 Gefangene im Todestrakt von Huntingdon, darunter auch Mumia Abu-Jamal, eine Petition gegen die Haftverschärfungen für Todesstrafengefangene unterschrieben. Sie fordern in der Petition u. a.:

— die Wiedereinführung des zweistündigen Hofgangs 7 Tage die Woche;

— die Aufhebung der Trennscheibe bei Besuchen von Angehörigen;

— die Möglichkeit, an religiösen Zeremonien — Freitagsgebete für Moslems, indianische Zeremonien, christliche Gottesdienste — teilnehmen zu können;

— Zugang zu Bildungs- und Arbeitsmöglichkeiten im Knast;

— den Besitz von Schreibmaschinen;

— mehr Telefongespräche nach draußen.

Die Gefangenen weisen in ihrer Petition darauf hin, daß Gefangene in Todestrakten in anderen US-Bundesstaaten wie Kalifornien und Texas bis zu 8 Stunden täglich Aufschluß haben, arbeiten können, an Fortbildungsmaßnahmen teilnehmen können, Besuche ohne Trennscheibe haben und Schreibmaschinen besitzen dürfen, ohne daß dadurch eine „Gefahr für die Sicherheit der Anstalt“ entstehen würde. Darüber hinaus schreiben die Gefangenen, daß „Männer und Frauen, in in Pennsylvania vom Tod bedroht sind, unter Bedingungen leben, die die Seele erschauern lassen. Durch diese gewaltfreie Petition beweisen die Gefangenen, daß sie immer noch menschlich sind.“

Alle 27 Gefangenen, die die Petition unterschrieben haben, sind dafür mit 30 Tagen Disziplinarhaft bestraft worden. Die Gefangenen bitten daher um Unterstützung von außen, um gegen die Bestrafung und die Verschärfung der Haftbedingungen zu protestieren.

Prozeßtermine

Prozeß gegen Ralf und Knud

Die nächsten Termine im Prozeß gegen Ralf Gauger und Knud Andresen vor dem Landgericht in Itzehoe sind am 4.1. (Prozeßbeginn an diesem Tag um 14 Uhr, Treffen um 12.30 Uhr an Sternschanze), 7.1., 11.1., 18.1., 21.1., 25.1.; 1.2., 4.2., 8.2., 15.2., 18.2., 22.2.; 1.3., jeweils um 9.30 Uhr. Treffpunkt in Hamburg ist um 8 Uhr an der Sternschanze (Autos mitbringen!).

Während der Prozeßtage gibt es einen ständigen Anlaufpunkt in Itzehoe: bistro am Stadtpark (gegenüber dem Polizeihochhaus).

Kontaktadresse der Solidaritätsgruppe Ralf und Knud: c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 2000 Hamburg 36, Tel.: (040) 446095, Fax: (040) 4108122.

Termine

Hamburg. 14.1., 19 Uhr, Hauptgebäude der Universität Hamburg, Edmund-Siemers-Allee, Hörsaal M, Veranstaltung „Freispruch für Ralf und Knud!“.

Hamburg. 29.1., 18.30 Uhr, Gemeindehaus, Schloßstr. 78, Wandsbeker Markt, Veranstaltung für die Freiheit der politischen Gefangenen.

Anzeigen

Anti-WWG-Dokumentation, München Juli '92, Inhalt: bundesweite Mobilisierung und Frauen-Mobilisierung gegen den WWG, Demonstration 4.7., internationaler Gegenkongreß 3.-5.7., Aktionstage 6.-8.7.; Schwerpunkte: Redebeiträge, Kongreß-Highlights, Nachbetrachtung und Ausblick und viele Fotos (auf ca. 120 Seiten). Die Dokumentation erscheint Mitte Januar und ist zu erhalten bei: Stadtratte, Postfach 22 11 14, 8000 München 22, Konto 906195482, BLZ 70150000, Stadtsparkasse München. Ein Einzelexemplar kostet 8 DM plus 6 DM Porto, ab 10 Stück je 7 DM plus 6 DM Porto, ab 20 Stück je 6 DM plus 9 DM Porto, bei 50 Stück je 6 DM plus 17 DM Porto.

bremer kassiber Nr. 21 — Stadtzeitung für Alltag, Politik, Revolution, Inhalt: Bremer Drogenpolitik: Bürger, Polizei und Senat — Allianz gegen Junkies; Jugoslawien: Chronik eines komplizierten Krieges — Deutsche Erblasten — Grüne auf dem Kriegspfad; außerdem: Tuntenkollektiv, Uruguay, Rassismus ... 6 Ausgaben im Abonnement für 30 DM. Bestellung und Geld in Scheinen oder Briefmarken an: VzVuN, St. Pauli-Str. 10, 2800 Bremen.

Briefe von Gefangenen aus Action Directe zur RAF-Erklärung vom 10. 4

Briefe von Joelle Aubron, Georges Cipriani, Nathalie Ménigon und Jean-Marc Rouillan, Gefangene aus Action Directe, zur RAF-Erklärung vom 10. 4. 92, zu beziehen über: Informationsstelle „Freiheit für alle politischen Gefangenen“, c/o Weißes Haus, 3. Stock, Heddernheimer Landstr. 155, 6000 Frankfurt/Main. Preis einschließlich Porto: 2 DM (bitte in Briefmarken schicken). Die Besteller, die nach der Anzeige in der letzten Ausgabe schon 4 DM eingezahlt haben, werden die restlichen Briefmarken zurückerhalten.

Impressum

Herausgeber: Angehörige und FreundInnen politischer Gefangener in der BRD, Postlagerkarte 050205, 6230 Frankfurt/M. 80. Erscheint vierzehntäglich bei GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung in Schleswig-Holstein/Hamburg m.b.H., Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76. V.i.S.d.P.: Wolfgang Lettow. **Redaktionsanschrift und Bestellungen:** GNN-Verlag, Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76, Tel.: (040) 2204278, Fax: (040) 2297419. **Einzelpreis:** 1,20 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 28,60 DM, ein Halbjahresförderabonnement 39 DM, Buchläden, Infoläden und sonstige Weiterverkäufer erhalten bei einer Bestellung ab 3 Stück 30 % Rabatt, ab 50 Stück das Heft zu 0,75 DM, jeweils plus Versandkosten. Bei Bestellungen bitte Einzugsvollmacht beifügen oder Überweisung auf das folgende Verlagskonto: Hamburger Sparkasse, BLZ 20050550, Konto-Nr. 1330/110055. — Druck: Eigendruck im Selbstverlag.

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist das Angehörigen-Info so lange Eigentum des Absenders, bis es dem Gefangenen ausgehändigt wird. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird das Info dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist es dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.

Spendenkonto der Angehörigen: O. Becker, Postgiro Berlin West, BLZ 10010010, Kt.-Nr. 448630-102.

Redaktionsschluß für die nächste Ausgabe: 8. 1. 1993